

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Arbeitskreis queer in ver.di Berlin-Brandenburg

Per Mail an regenbogen.bb@verdi.org

**Sebastian Koch**  
Landesgeschäftsführer  
**Landesvorstand Berlin**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon +49 30/24 00 93 01  
Telefax +49 30/24 00 92 60  
sebastian.koch@dielinke.berlin  
www.dielinke.berlin

Berlin, den 7. Juli 2021

***Betr. Wahlprüfstein des AK queer in ver.di Berlin-Brandenburg***

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins des AK queer in ver.di Berlin-Brandenburg. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

**GLEICHSTELLUNG**

*1.) Wie bewerten Sie die bisherige Politik des Berliner Senats zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen?*

Der Kontrast zwischen den letzten fünf Jahren und der Amtszeit der Vorgängerregierung könnte kaum deutlicher sein, das zeigt sich nicht zuletzt auch in der Queerpolitik. Mit einem Mehr an Ressourcen und fachpolitischem Engagement konnte Berlin als Regenbogenhauptstadt wieder auf Kurs gebracht werden. Das betrifft in erster Linie die Weiterentwicklung und fortschreitende Umsetzung der Initiative für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV), mit der Berlin deutschland- und europaweit zu den Vorreiter:innen in der Queerpolitik gehört. Es zeigte sich zuletzt aber auch im Umgang mit der Corona-Krise. Etliche der Frei- und Schutzräume, die Berlin international zu einem Sehnsuchtsort machen, konnten dank der engagierten Rettungspolitik des LINKEN-Kultursenators Klaus Lederer vor dem unwiderruflichen Verschwinden gerettet werden. Während in weiten Teilen der Republik diskriminierende Kontaktregeln etwa an Weihnachten vereinbart wurden, hat Berlin Regeln verabredet, die den queeren Lebensrealitäten (Wahlverwandtschaften, Single-Haushalte etc.) Rechnung tragen. Das ist auch Ausdruck einer besonderen Sensibilität der politisch Verantwortlichen. Auch im Bundesrat ist Berlin als Stimme für die Vielfalt aufgetreten, etwa mit Initiativen zur Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes oder der Reform des Abstammungsrechts.

In Berlin sind in den letzten Jahren verschiedene Einrichtungen queeren Lebens entstanden oder im Begriff zu entstehen. Genannt seien stellvertretend etwa das queere Jugendzentrum im Prenzlauer Berg, die queeren Wohnprojekte nahe der Karl-Marx-Allee und der Schöneberger Linse, die Regenbogenfamilienzentren in Lichtenberg und Friedrichshain oder der Checkpoint BLN als Zentrum für sexuelle Gesundheit. Hier wird konkret spürbar, dass die Stadt sich dank der vielen Träger und der Politik der letzten Jahre für LSBTI weiter zum Besseren verändert hat.

Gleichwohl sieht DIE LINKE., dass es auch in Sachen queerer Emanzipation noch einiges zu tun gibt. Queere Menschen sind überdurchschnittlich von Armut und Wohnungslosigkeit betroffen. Daher hat die maßgeblich unter LINKER Federführung eingeläutete Wende in der Mieten- und Stadtentwicklungspolitik auch eine dezidiert queerpolitische Bedeutung. DIE LINKE. wird dafür kämpfen, diesen Weg fortzusetzen: Wir unterstützen das Volksbegehren zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne und setzen uns nunmehr auf Bundesebene für eine Regelung ein, mit der die Länder die Kompetenz erhalten, den zurecht von vielen Menschen als Erleichterung empfundenen Mietendeckel langfristig zu realisieren. Und: Queeres Leben braucht Raum, das hat sich nicht zuletzt an der Auseinandersetzung um Grundstücke für queere Wohnprojekte oder den teils skandalösen Räumungen von Freiräumen offenbart. DIE LINKE. steht für eine neue Liegenschafts- und Bodenpolitik, die Berliner Boden der kapitalistischen Verwertung entzieht und der öffentlichen Hand so mehr Handlungsspielraum auch im Sinne der verschiedenen gesellschaftlichen Träger in unserer Stadt zurückgibt. Weitere Schwerpunkte der Queerpolitik der kommenden Jahre müssen aus Sicht der LINKEN bspw. der Kampf gegen die zuletzt wieder zunehmende Gewalt gegen LSBTI, die stärkere Inklusion von LSBTI im Bereich Bildung und Erziehung oder das Beenden von struktureller Diskriminierung etwa der lesbischen Communities bei der Mittelvergabe werden.

*2.) Wie bewerten Sie die Gesetzesinitiative zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Ehen im Adoptionsrecht?*

DIE LINKE. setzt sich für die rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien ein (sowie für die Förderung aller Verantwortungsgemeinschaften, die staatlich bislang vielfach benachteiligt sind, z.B. Alleinerziehende). Wir fordern, dass die Diskriminierung lesbischer Elternschaft im Abstammungsrecht sofort beendet wird. Der Berliner Senat hat eine entsprechende Bundesratsinitiative eingebracht. Es darf nicht sein, dass bei lesbischer Elternschaft eine der Mütter weiterhin erst ein umständliches Stiefkind-Adoptionsverfahren durchlaufen muss.

Auch bei nicht-ehelichen Konstellationen fordern wir eine Elternschaftsanerkennung für alle Geschlechter. Wir fordern ein Wahlverwandtschaftsrecht, das Beziehungen mit mehr als zwei Personen umfasst (z.B. eine Familie mit drei oder vier Elternteilen). Hier ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere Zuwendungen fällig, wenn z.B. eine angehörige Person gepflegt werden muss.

*3.) Wie wollen Sie die „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie die bisherige Umsetzung der von den Koalitionsfraktionen angekündigten acht Maßnahmenpakete?*

Der LINKEN ist gemeinsam mit der rot-rot-grünen Koalition in Berlin eine Kehrtwende gelungen: Nachdem unter Rot-Schwarz noch allzu oft die Rede von fehlenden Ressourcen und Mehrheiten war, haben wir der IGSV mit mehr Geld und der Weiterentwicklung auf fast 100 Einzelmaßnahmen neuen Schwung verliehen. 2019 haben die queerpolitischen Sprecher:innen der rot-rot-grünen Abgeordnetenhaus-Fraktionen Anfragen an die jeweiligen Verwaltungen gestellt, was die Umsetzung der IGSV-Maßnahmen in ihrer jeweiligen Zuständigkeit angeht. Das Ergebnis: Viele wichtige Projekte konnten bisher umgesetzt werden. Dazu zählen bspw. die Einrichtung der bundesweit ersten queeren Krisenwohnung, die Eröffnung des ersten berlinweiten queeren Jugendzentrums, der Eröffnung des Checkpoint BLN als Meilenstein sexueller Gesundheit, der Start der

Fachstelle „LSBTI, Alter und Pflege“, das Pilotprojekt Team Nachtbürgermeister im Regenbogenkiez oder der Berliner Preis für lesbische Sichtbarkeit. Darüber hinaus engagierte sich das Land Berlin in den vergangenen Jahren auch im Bundesrat für die Belange von LSBTI: etwa mit Initiativen zur Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz oder zur Reform des Abstammungsrechtes. Gleichzeitig befand sich zum Zeitpunkt der Anfragen ein sehr großer Teil der Maßnahmen in Planung/Umsetzung. Darüber hinaus konnten auch auf bezirklicher Ebene wichtige Erfolge errungen werden: In Lichtenberg realisiert der Bezirksbürgermeister der LINKEN, Michael Grunst, gemeinsam mit dem lesbischen Verein LesLeFam ein Regenbogenfamilienzentrum.

DIE LINKE. versteht die IGSV als fortlaufenden Prozess. Als Zwischenfazit lässt sich sagen: Vieles wurde erreicht oder angestoßen, wo nötig, muss nachgebessert werden. Die Richtung stimmt!

DIE LINKE. will die Evaluation gemeinsam mit den Communities in unserer Stadt fortsetzen. Dazu haben wir vor Ausbruch der Pandemie gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen das queerpolitische Jourfixe ins Leben gerufen. An dieses Dialogformat wollen wir zukünftig wieder verstärkt anknüpfen. In ihrem Wahlprogramm hat DIE LINKE. darüber hinaus skizziert, wo die Schwerpunkte für eine Weiterentwicklung der IGSV liegen sollten. Das Soziale steht dabei im Fokus. Anknüpfend an das Handlungsfeld „Erkenntnisgrundlagen verbessern“ will DIE LINKE. bspw. die Situation sozial marginalisierter Gruppen innerhalb der Communities stärker in den Blick nehmen. Dazu gehören u.a. queere Wohnungslose, Sexarbeitende oder Geflüchtete. Ziel ist es, mit den gewonnenen Erkenntnissen und in Zusammenarbeit mit den Communities und Trägern weitere Handlungskonzepte und Maßnahmen zu erarbeiten. Auch die gesundheitlichen Bedarfe queerer Menschen begreift DIE LINKE. als einen sozialen Auftrag: Bereits erwähnte Meilensteine wie der Checkpoint BLN oder die Fachstelle „LSBTI, Alter und Pflege“ will DIE LINKE. auch weiterhin mit aller Kraft unterstützen.

Offenkundig ist das Problem der zunehmenden Gewalt gegen LSBTI, nicht nur im öffentlichen Raum. Eine Anfrage der LINKEN im Abgeordnetenhaus hat z.B. ergeben, dass die Zahl dezidiert lesbenfeindlicher Angriffe in Berlin in der jüngeren Vergangenheit gestiegen ist. DIE LINKE. will konkret die Krisenangebote - etwa im Rahmen von Krisenwohnungen oder anderen geeigneten Maßnahmen - ausbauen, um bspw. auch denen zu helfen, die im Rahmen von Beziehungen Opfer von Gewalttaten werden und keine Zuflucht finden. Darüber hinaus will DIE LINKE. sich auch beim Bund für weitergehende Akzeptanzmaßnahmen einsetzen. Nötig ist aus unserer Sicht, dass der Bund endlich einen bundesweiten Aktionsplan auf den Weg bringt, der Gewalt gegen LSBTI als einen der Schwerpunkte benennt.

*4.) Wollen Sie die Sensibilisierungsarbeit in Schulen und Kindertagesstätten in Berlin weiter ausbauen, um Homophobie und Transphobie frühzeitig präventiv zu begegnen?*

Die vom Senat finanzierte Fachstelle Queere Bildung (Queerformat) hat 2018 die Broschüre „Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben“ veröffentlicht, die auch überregional nachgefragt wurde. Darüber hinaus bietet die Fachstelle sowohl eine umfangreiche Materialienbox für Pädagog:innen und Eltern sowie Fortbildungsangebote für Pädagog:innen an. DIE LINKE. möchte, dass diese Angebote erhalten und ggf. ausgebaut werden. Dafür wollen wir den Dialog auf fachlicher Ebene fortsetzen, etwa im Rahmen des vor der Pandemie bereits begonnenen queerpolitischen Jourfixe der rot-rot-grünen Abgeordnetenhaus-Fraktionen, in dessen Rahmen wir z.B. einen Schwerpunkt-Abend zu Queerpolitik in Bildung und Erziehung vorschlagen.

*5.) Werden Sie sicherstellen, dass trotz der Corona-Krise die Einrichtungen und Projekte in der LGBT-Community wie bisher finanziell unterstützt und gefördert und dass die dafür im Landeshaushalt eingeplanten Mittel nicht gekürzt werden?*

DIE LINKE. hat seit Beginn der Pandemie klargestellt, dass ein vermeintliches „Heraussparen“ aus der Krise der denkbar schlechteste Weg wäre. Der Kultursenator der LINKEN, Klaus Lederer, hat große Summen zur Rettung etwa der Club-Kultur bereitgestellt, die für die queeren Communities in Berlin als Schutz- und Freiräume eine besondere soziokulturelle Bedeutung haben, und er hat bereits angekündigt, auch finanzielle Unterstützung für einen Relaunch der Szene bereitzustellen. DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass die derzeit zur Verfügung gestellten Mittel für die IGSV nicht gekürzt und, falls wichtige Bedarfe identifiziert werden, auch aufgestockt werden. Darüber hinaus sieht DIE LINKE. hier auch die Bundesregierung in der Verantwortung. Die Linksfraktion im Bundestag hat einen Antrag für einen umfangreichen Rettungsschirm für queeres Leben und queere Infrastruktur eingebracht, der von der Absicherung queerer Medien wie der Berliner Siegestsäule bis hin zum Ausbau der psychologischen Angebote verschiedene Facetten umfasst. Ein solcher Rettungsschirm ist bisher leider an der Blockade der Bundesregierung gescheitert.

## **ANTIDISKRIMINIERUNG**

*6.) Wie bewerten Sie die Antidiskriminierungspolitik des Berliner Senats?*

In der Antidiskriminierungspolitik konnte der rot-rot-grüne Senat in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte erzielen. Der wichtigste Meilenstein ist neben etwa dem Diversity-Landesprogramm und der Weiterentwicklung der IGSV das neue Landesantidiskriminierungsgesetz, das gegen erhebliche Widerstände der Opposition durchgesetzt werden konnte und Vorbildcharakter auch über Berlin hinaus hat. Mit Blick auf das LADG wird es in Zukunft darauf ankommen, die Praxis mit den Communities in unserer Stadt auszuwerten und die Menschen offensiv über ihre Rechte zu informieren. Die bisherige Datenlage offenbart zumindest, dass die befürchtete „Klagewelle“ ausgeblieben ist. Die App zu dem Gesetz ist ein sinnvolles Instrument. DIE LINKE. möchte, dass z.B. die Antidiskriminierungsstelle des Landes Berlin diesen Prozess weiter mit aufklärenden Kampagnen in der Öffentlichkeit begleiten kann und dafür die entsprechenden Mittel erhält.

*7.) Halten Sie die Ausnahmeregelungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz für Religionsgemeinschaften für richtig?*

DIE LINKE hält es für notwendig, die Ausnahmeregelungen im AGG weitestgehend abzuschaffen. Dies gilt insbesondere dort, wo Religionsgemeinschaften für ihre Einrichtungen staatliche Gelder erhalten (Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Altenheime usw.) und dennoch ihr kirchliches Arbeitsrecht anwenden dürfen. Fälle wie der einer Reinigungskraft in einer katholisch betriebenen Kindertagesstätte, der gekündigt wurde, weil sie eine Lebenspartnerschaft eingegangen ist, dürfen sich nicht wiederholen und müssen rechtlich ausgeschlossen werden. Hier muss das AGG umfassend gelten; Ausnahmen scheinen allenfalls für den engen Bereich der „Verkündigung“ angebracht. Es ist aber zu berücksichtigen, dass die Frage des Sonderweges des kirchlichen Arbeitsrechts nicht in Berlin entschieden werden kann.

*8.) Was wollen Sie gegen die anhaltend hohe Gewalttrate gegen LGBTI-Personen unternehmen?*

Aus Sicht der LINKEN sind verschiedene Maßnahmen notwendig, um der zu hohen Gewalttrate gegenüber queeren Menschen in Berlin zu begegnen. Wichtig ist, dass wir nicht allein gegen Gewalt im öffentlichen, sondern auch im privaten Raum vorgehen. DIE LINKE. will die Angebote für queere Opfer im Rahmen von bspw. Beziehungstaten ausweiten und weitere Krisenwohnungen für queere Menschen einrichten. Darüber hinaus muss an verschiedenen Fronten gekämpft werden: Geltende Gesetze müssen konsequent zur Anwendung gebracht werden. Wer bei der Polizei anruft, etwa weil er gerade lesbenfeindlich attackiert wird, der muss sicher sein, auf sensibilisierte Beamt:innen zu treffen. Das erhöht neben bereits getroffenen Maßnahmen wie den queeren Ansprechpartner:innen bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft die Anzeigebereitschaft. Die bisherigen Angebote zur Schulung von Staatsbediensteten, sei es bei der Polizei oder an den Schulen, müssen unbedingt fortgeführt, die Fortschritte diesbezüglich ausgewertet werden. Was den öffentlichen Raum angeht, ist Aufklärung nach Ansicht der LINKEN der wichtigste Baustein zur Gewaltprävention: Breite Kampagnen im öffentlichen Raum, etwa durch die Landesantidiskriminierungsstelle, müssen dementsprechend auch ausreichend finanziert werden. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, sehen wir aber auch den Bund in der Pflicht. Es braucht belastbare Zahlen aus dem Bundesinnenministerium, aus denen sich wirksame Handlungskonzepte ableiten lassen. Und es braucht endlich einen bundesweiten Aktionsplan für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, der den Kampf gegen queerfeindliche Gewalt als einen der großen Schwerpunkte ausweist.

*9.) Wie wollen Sie die bundesdeutschen und europäischen Maßnahmen gegen Hass und Hetze im Internet in Berlin umsetzen?*

In Berlin gibt es bereits eine Zentrale Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft, anders als in anderen Bundesländern. Diese Zentralstelle und die strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität müssen ausgebaut und Gerichte weiter sensibilisiert werden, damit in der Rechtsprechung Beleidigungen und Bedrohungen nicht als „Meinungsfreiheit“ straffrei bleiben können. Betroffenen von Hasskriminalität muss stärkere Unterstützung und Begleitung angeboten werden. Vorbildlich ist beispielsweise die Arbeit der Berliner Initiative „hate aid“.

*10.) Was werden Sie für eine Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der „sexuellen Identität“ in das Grundgesetz tun?*

DIE LINKE. unterstützt die Initiative „Grundgesetz für Alle“ und fordert die Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz um die Merkmale „sexuelle Orientierung“ und „geschlechtliche Identität“. Gemeinsam mit FDP und Grünen hat die Bundestagsfraktion der LINKEN auch eine Gesetzesinitiative zur Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz im Deutschen Bundestag ergriffen; der Berliner Senat hatte eine entsprechende Bundesratsinitiative eingebracht. DIE LINKE. wird gemeinsam mit queeren Bewegungen den Druck auf den Bundestag weiter erhöhen.

## **AKTIONSPLAN GEGEN HOMOPHOBIE**

### *11.) Welche Schwerpunkte würden Sie bei der Weiterentwicklung des Aktionsplans gegen Homophobie setzen?*

Falls die Frage auf die IGSV abzielt: DIE LINKE. will den Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung der IGSV u.a. auf die Beseitigung struktureller Benachteiligungen einzelner Communities legen (bspw. mit Blick auf die Mittelvergabe an lesbische Projekte - hier wollen wir Projektausschreibungen gezielter auf einzelne Communities zuschneiden) sowie darauf, Gruppen, die innerhalb der Communities marginalisiert sind, stärker in den Blick zu nehmen: beispielsweise queere Wohnungslose, Sexarbeitende oder Geflüchtete. Dazu wollen wir u.a. die Erkenntnisgrundlagen zur Situation der besagten Gruppen verbessern, etwa durch Forschungsaufträge oder einen gezielten Dialog mit zivilgesellschaftlichen Trägern. Darüber hinaus ist es der LINKEN ein Anliegen, die „soziale Flanke“ der Initiative ganz allgemein zu stärken. Ein gutes Beispiel ist das Thema Alter und Pflege: Mit dem Kick-Off der Fachstelle „LSBTI, Alter und Pflege“ sowie mit Projekten wie dem Lebensort Vielfalt oder dem Wohnprojekt des Rad und Tat e.V. sind wichtige Meilensteine errungen worden. DIE LINKE. wird dafür kämpfen, dass diese Projekte ihren festen Platz in den Communities erhalten bzw. behalten. Dazu wollen wir eng mit den zugehörigen Trägern zusammenarbeiten und werden uns u.a. für eine entsprechende finanzielle Ausstattung einsetzen.

Falls die Frage sich auf die Bundesebene bezieht: DIE LINKE. fordert in ihrem Bundestagswahlprogramm, dass es auch auf Bundesebene endlich einen Aktionsplan für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt geben muss. Die Berliner IGSV kann dabei eine Orientierung geben, allerdings sollte eine solche Initiative in einem partizipativen Prozess zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Trägern und Akteur:innen erarbeitet werden. DIE LINKE. schlägt für die Schwerpunktsetzung neben dem Kampf gegen queerfeindliche Gewalt oder für den Erhalt und die Förderung queerer Infrastruktur u.a. auch vor, soziale Aspekte verstärkt in den Blick zu nehmen, etwa im Zusammenhang mit Wohnungslosigkeit queerer Jugendlicher.

### *12.) Wie und in welchem Zeitraum wollen Sie das neue Diversity-Landesprogramm umsetzen und sind Sanktionen bei Nichtumsetzung geplant? Werden Sie sicherstellen, dass die Stellenausstattung von Ansprechpartner\_innen für LGBT-Personen bei den Behörden des Landes Berlin (Bezirksämter, usw.) und das ihnen für die Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellte Budget allen Anforderungen genüge tut?*

Der Berliner Senat hat am 08.09.2020 ein Diversity-Landesprogramm zur Förderung des kompetenten Umgangs der Verwaltung mit Vielfalt beschlossen. Als Zielmarke wurde von der Koalition formuliert, dass die Maßnahmen innerhalb von drei Jahren umgesetzt werden. DIE LINKE. steht hinter diesem Ziel, wenngleich wir uns natürlich freuen, sollte es gelingen, die Umsetzung früher zu bewerkstelligen. Verantwortlich für die Umsetzung sind letztlich die jeweiligen Ressort-Chefs, die Koordinierung verantwortet die Abteilung Antidiskriminierung der Justiz-Verwaltung. Hier braucht es politischen Druck, damit die Umsetzung nicht ins Schlingern gerät. DIE LINKE. steht für diesen politischen Druck, damit Berlin das vorgegebene Ziel einhält, getätigte Maßnahmen fortlaufend evaluiert werden und das Diversity-Programm wo nötig weiterentwickelt wird.

DIE LINKE. will starke und handlungsfähige Bezirke. Das heißt für uns u.a.: Wir wollen das sogenannte Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern, sodass Aufgaben, die an Bezirke übertragen werden, grundsätzlich mit einem entsprechenden finanziellen Ausgleich einhergehen. Darüber hinaus muss die sogenannte Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) aus Sicht der LINKEN reformiert werden. Die bisherige KLR bildet keine Qualitätsstandards ab, was der Arbeit der Bezirke in vielen Fällen nicht gerecht wird.

Nachdem der Personalabbau in den Hauptverwaltungen und in den Bezirken beendet werden konnte und in den letzten Jahren rund 400 Millionen Euro in bezirkliches Personal investiert wurde, kommt es aus Sicht der LINKEN darauf an, nicht besetzte Stellen zu besetzen und gewonnenes Personal zu halten. Im Rahmen der IGSV geschaffene Stellen, etwa die queeren Ansprechpartner\*innen bei der Polizei und Staatsanwaltschaft, will DIE LINKE. erhalten.

*13.) Halten Sie es für richtig, dass die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ nicht dafür genutzt wurde, um Aufklärungsangebote in Schulen weiter auszubauen?*

Die vom Senat finanzierte Fachstelle Queere Bildung stellt umfangreiche Angebote für die Aufklärung an Schulen zur Verfügung. Darüber hinaus verfügen Schulen bereits heute über Mittel, externe Expertise an die Schulen zu holen (etwa von Trägern wie ABqueer, Lambda oder dem LSVD), und die Lehrpläne sind in der Vergangenheit so geändert worden, dass ein Teil der Aufklärung durch die Lehrkräfte selbst stattfindet. DIE LINKE. möchte aber noch weitergehen und folgt u.a. einer Forderung der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, nach der verbindliche Richtlinien für die Inklusion queerer Schüler:innen durch das Land Berlin erarbeitet werden sollen. Darüber hinaus gilt auch hier: DIE LINKE. möchte den fachpolitischen Dialog fortführen und schlägt dazu u.a. das Format des queerpolitischen Jourfixe vor.

## **MIGRATION / TRANSSEXUELLE**

*14.) Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, homosexuelle und transgeschlechtliche Geflüchtete zu schützen?*

DIE LINKE. lehnt die Einordnung von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ ab, da bei diesem Konstrukt die Verfolgung queerer Menschen in der Regel unberücksichtigt bleibt. Für queere Geflüchtete müssen einerseits sichere Unterkünfte geschaffen werden, wie das in Berlin bereits üblich ist, zudem bedarf es einer besonderen Betreuung und Begleitung im Asylverfahren, weil viele queere Geflüchtete aufgrund erlebter Verfolgung und Scham über ihre queere Identität nur zögerlich Angaben machen. Notwendig ist zudem, antirassistische Arbeit und Kampagnen innerhalb der queeren Communities zu fördern.

*15.) Unterstützen Sie eine zeitnahe Reform des Transsexuellengesetzes, damit transgeschlechtliche Menschen selbstbestimmt leben können?*

Ginge es nach dem Willen der LINKEN, hätte die Reform längst erfolgen können und müssen. Die Reform des Transsexuellengesetzes (TSG) zugunsten eines Selbstbestimmungsgesetzes ohne Beratungszwang o.ä. ist Teil des Wahlprogramms der LINKEN zur Bundestagswahl, eine erneute Bundesratsinitiative Teil unseres Wahlprogramms zur Abgeordnetenhauswahl. Darüber hinaus hat die Linksfraktion im Bundestag sich mit einem eigenen Antrag dafür stark gemacht, den Opfern des im Rahmen des TSG erlittenen Unrechts eine finanzielle Entschädigung zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Koch', written in a cursive style.

Sebastian Koch